

A N F R A G E von Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) und Erika Ziltener (SP, Zürich)

betreffend Entlassungen im Rahmen des Sanierungsprogramms 04 und des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 2006

Im RRB Nr. 769/2003 hält der Regierungsrat fest, wie er den im Rahmen des Sanierungsprogramms 04 geplanten Abbau von 1258 Vollzeitstellen umsetzen will. Der Regierungsrat betont, dass das wirtschaftliche und arbeitsmarktliche Umfeld vom Kanton einen besonders verantwortungsbewussten Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden, erfordert. Zu diesem Zweck setzte der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe «Personalmassnahmen» ein, die alternative Massnahmen zu Entlassungen sowie Unterstützungsangebote zu Gunsten des betroffenen Personals vorzubereiten hatte.

Mit diesem RRB machte der Regierungsrat deutlich, dass alles unternommen wird, um den geplanten Stellenabbau möglichst unter Vermeidung von Entlassungen umzusetzen. Diese Absicht wurde in der Medienmitteilung vom 22. August 2005, mit welcher der Regierungsrat über den Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 2006 informierte, mit folgenden Worten bekräftigt: «Die Massnahmen sind mit einem Abbau von 214 Stellen bis 2009 verbunden. Kündigungen können nicht ausgeschlossen werden, sollen aber möglichst vermieden werden.»

49/2006

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Vollzeitstellen wurden im Rahmen der beiden Sparpakete bis Ende 2005 abgebaut? Wie viele Personen waren von diesem Abbau betroffen? Wie verteilt sich dies auf Frauen und auf Männer, wie auf die verschiedenen Direktionen? In welchen Lohnklassen waren die Betroffenen eingereiht und wie viele Steilenprozente umfasste ihre Anstellung?
2. Welche Massnahmen wurden bisher ergriffen, um Entlassungen zu vermeiden?
3. Wie viele Entlassungen konnten mit den ergriffenen Massnahmen vermieden werden? Die Entlassung wie vieler Frauen und wie vieler Männer konnte vermieden werden? In welchen Lohnklassen waren sie eingereiht? In welcher Direktion waren sie beschäftigt?
4. Aus welchen Gründen konnte die Entlassung der anderen Angestellten nicht vermieden werden? Welche Massnahmen wurden zur Vermeidung ihrer Entlassung geprüft?
5. Wie viele der Betroffenen hatten bis zum Zeitpunkt ihrer Entlassung keine neue Stelle gefunden? Wie viele davon sind Frauen, wie viele Männer? In welchen Lohnklassen waren sie eingereiht? Was kann der Regierungsrat über die aktuelle Beschäftigungssituation dieser Angestellten sagen?
6. Kann der Regierungsrat aufgrund der bisherigen Erfahrungen Aussagen darüber machen, welche Personengruppen besonders grosse Schwierigkeiten haben, eine neue Stelle zu finden?

7. Welche Bemühungen unternimmt der Regierungsrat zur Förderung von beschäftigungswirksamen Arbeitszeitmodellen, mit denen auch Entlassungen vermieden werden können?
8. Welche Haltung hat der Regierungsrat zum SBB-Modell, mit dem ein Stellenabbau ohne Entlassungen möglich ist?
9. Was sagt der Regierungsrat dazu, dass der Stellenabbau bisher mehrheitlich auf Kosten von Frauen vorgenommen wurde? Welche Massnahmen hat der Regierungsrat geplant bzw. ergriffen, um eine geschlechtsspezifische Diskriminierung zu verhindern?

Julia Gerber Rüegg
Erika Ziltener